



Kiel, 11.10.2002

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 28 – Die Entwicklung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“

Renate Gröpel:

Aus Problemgebieten lebenswerte Stadtteile machen

Im Namen der SPD-Landtagsfraktion möchte ich dem Innenministerium für den umfassenden und informativen Bericht zur Entwicklung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ danken. Es ist ein sehr guter Bericht. Er zeigt die Erfolge auf, weist aber auch auf Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Programms hin.

Worum geht es bei dem Programm „Soziale Stadt“? Der Hintergrund ist die Zunahme von problematischen Stadtteilentwicklungen. Es handelt sich meist um hoch verdichtete einwohnerstarke Stadtteile, die in vielerlei Hinsicht erhebliche Defizite aufweisen. Es sind Stadtteile mit hoher Arbeitslosigkeit, mit zunehmend einkommensschwachen Haushalten und vielfach mangelnder Integration von Migrantinnen und Migranten.

Diese Entwicklung führt zu sozialen Spannungen und überforderten Nachbarschaften. In der gerade vorgelegten Wohnungsmarktprognose bis 2015 für Schleswig-Holstein wird die demografische Entwicklung aufgezeigt. Vorrangig in den großen Städten wird ein Bevölkerungsrückgang erwartet, jedoch bei einem gleichbleibend hohen Anteil benachteiligter Haushalte. Das heißt, die Probleme werden verschärft, wenn nicht gegengesteuert wird. Eine zukunftsfähige Entwicklung solcher Stadtteile ist nur mit Hilfe eines umfassenden Ansatzes durch eine zielgerichtete Bündelung von Programmen mit dem Leitprogramm „Soziale Stadt“ möglich.

Ich möchte an dieser Stelle dem Innenministerium danken für die Hilfestellung, die es den Kommunen, deren Beauftragten und anderen Projektträgern bei der Projektentwicklung anbietet, und dass es bei Bedarf Gespräche mit den potentiellen Fördermitelgebern koordiniert, um die Förderungsfähigkeit einzelner Projekte zu erreichen.

So werden vorrangig in Gebieten der „Sozialen Stadt“ Mittel der Wohnraumförderung zur Modernisierung des Wohnungsbestandes eingesetzt. Zusammen mit dem Städtebauförderungsprogramm und dem Programm „Soziale Stadt“ sind es drei investive Programme, die auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Baugewerbe beitragen.

Für die soziale Stadtteilentwicklung ist grundsätzlich eine Förderung aus dem Programm Arbeit für Schleswig-Holstein, ASH 2000, möglich. Dazu kommt das Bundesprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. So wurden Qualifizierungsangebote für Jugendliche und Integrationsangebote für Migrantinnen und Migranten gefördert. Außerdem gibt es lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Seit 1999 wurden elf Stadtteile in acht Städten in das Programm aufgenommen. Das sind die Städte Elmshorn, Flensburg, Itzehoe, Kiel, Lauenburg, Lübeck, Neumünster und Trappenkamp. Das Fördervolumen beträgt von 1999 bis 2002 rund 22 Mio. € allein für investive Maßnahmen. Um zukünftig auch weitere Stadtteile wie in Kappeln, Schleswig und Rendsburg zu unterstützen, bedarf es einer Fortsetzung des Programms.

Wir begrüßen die Absicht der Landesregierung, dass sie bestehende Programme und Förderrichtlinien auch überprüfen und ggf. bedarfsgerecht anpassen will.

Das Deutsche Institut für Urbanistik, das zuständig ist für die Programmbegleitung auf Bundesebene, kommt in seiner ersten Bilanz des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ zu dem Schluss, dass trotz der noch kurzen Laufzeit des Programms die Erfahrungen der ersten drei Jahre in weiten Teilen positiv zu werten sind. Und als beson-

ders positiv wird die Aufbruchstimmung vermerkt, die hauptsächlich mit der neuen Aufmerksamkeit für die Probleme verbunden ist. Ich habe mir vor Ort etliche Projekte der „Sozialen Stadt“ angesehen, so in Flensburg, in Kiel, in Neumünster und in Lübeck, und kann das nur bestätigen. Das Motto, das in Flensburg gewählt wurde

- hier tut sich was“ könnte man auch auf alle anderen Gebiete übertragen.

Viele, die in Gebieten der sozialen Stadt leben, hatten vorher das Gefühl, dass man sich um sie und ihre Probleme nicht kümmert. Nun stellen sie fest, dass sich eben etwas tut:

- Gebäude werden modernisiert,
- das Wohnumfeld wird verbessert,
- Jugendliche erhalten eine berufliche Perspektive,
- nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für alte Menschen gibt es neue Angebote,
- Geschäftsleute engagieren sich nicht nur ideell, sondern auch finanziell im Stadtteil.

Durch Zusammenarbeit mit Schulen, Kindertagesstätten, Polizei, Feuerwehr, Wohnungsunternehmen und vielen Vereinen und Verbänden und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entwickelt sich ein neues Gemeinschaftsgefühl. So sind Menschen bereit, Gleichgültigkeit zu überwinden und Verantwortung zu übernehmen für ihr Wohnumfeld und für ihren Stadtteil.

Der Bericht macht noch einmal deutlich, dass das Programm „Soziale Stadt“ alle Chancen bietet, aus sozialen Problemgebieten lebenswerte Stadtteile mit positiven Zukunftsperspektiven zu machen.

Wir bitten um Überweisung des Berichtes federführend in den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend in den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.